

Bezugs-Gebühr
vierteljährlich für Dresden
bei täglich zweimaliger
Ausgabe...

Dresdner Nachrichten
Gegründet 1856
Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Nutzen-Zarif
Abnahme von
Anzeigen bis 1000
Zeilen...

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

Foulards entzückende Neuheiten, billigst! Seidenhaus Carl Schmolder Altmarkt 8.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

„Raumkunst“
Dresden-A., Viktoriastraße 5/7
Billige Brautausstattungen.

Dresdner
Feldschlösschen-Lager
bleibt unübertroffen!

Cornpflaster zur gründlichen Beseitigung von
Kühneraugen, Hornhaut, Warzen usw. 50 Pfennig.
Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Lederwaren · Reise-Artikel

Weltgeheudete Auswahl in
Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.

Adolf Näter
Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft
26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Unmöglichste Witterung: Nicht bedeckt, mild, seit-
weise Niederschlag.
Der König von England wird auf seiner Reise
zur Hochzeit in Berlin vom Staatssekretär Sir
Edward Grey begleitet sein; im Gefolge des Königs
wird sich Minister Sir John Lubbock befinden.
Der Reichstag erledigte am Donnerstag einige
Wahlprüfungen und trat dann in die Beratung
des Militäretats ein.
Die Stadtverordneten genehmigten gestern den
Vertrag über die Erwerbung der „Deutschen Heil-
küste“ in Vohlsitz; bei der Beratung des letzten
Punktes der Tagesordnung ereignete sich ein Zwischenfall.
Die Aufhebung der deutschen Gesandtschaft
in Langer steht für den Sommer bevor.
Die serbische Regierung stellte beim Admi-
ralitätsrat der Flotten-Flotte den Antrag, den Ab-
transport serbischer Truppen von Sutari auf
griechischen Schiffen zu gestatten.
Die Zwistigkeiten zwischen Bulgaren, Griechen
und Serben haben in der letzten Zeit bedrohliche
Formen angenommen.
Die internationale Finanzkommission in
Paris hat den Beginn ihrer Arbeiten auf unbestimmte
Zeit verschoben.
Bei Nis im Sava-See landeten vier Personen durch die
Explosion eines Militär-Angelbalkens den Tod.
In Petersburg landeten Verhaftungen
wegen Spionage angeblich Japans statt.
Der Senat in Petersburg entschied, daß Vse-
volod Literaturski Nachlaß Eigentum seiner
Witwe sei.

Zum Etat des Reichskanzlers.

Auf den Etat des Auswärtigen Amtes ist im Reichs-
tag der Etat des Reichskanzlers gefolgt. Große Fragen
der auswärtigen Politik sind bei der Beratung dieses
Kapitels nicht mehr angechnitten worden, da bereits bei
der ersten Lesung der Beschlüsse und der Beratung des
auswärtigen Etats vom Regierungsrat aus wie von
den Parteiführern alles Mögliche über die internationale
Lage und Deutschlands Beziehungen zu den fremden
Mächten gesagt worden war. Vielmehr wurde diesmal
die innere Politik im allgemeinen, für die der Reichs-
kanzler im Reich neben der auswärtigen die Verant-
wortung trägt, zum besonderen Gegenstand der Be-
sprechung gemacht. Es war natürlich, daß die Debatte sich
nicht nur auf Reichsfragen, sondern auch auf preussische
Frage eröfnete, natürlich deshalb, weil Reichs- und
preussische Angelegenheiten sich niemals ganz voneinander
trennen lassen, vielmehr eine Reihe von Berührungspun-
kten aufweisen.
Ein Kuriosum dieses Etats ist es, daß seine Beratung,
die verschiedenartigen Wünsche entseht, während doch
manche Politiker, dem Reichskanzler für alles und jedes
verantwortlich machen zu können, was während des letzten
Jahres seiner Kanzlerschaft im ganzen weiten Gebiete des
Reiches geschehen ist, und was ihnen irgend an den von
den Reichs- oder Landesbehörden getroffenen Maßnahmen, an
bestimmten Einrichtungen und Personen mißfällt. Es war
daher kein Wunder, daß die Reihe der vorgebrachten
Wünsche und Beschwerden auch diesmal außerordentlich
buntschichtig war. Der Sozialdemokrat schuf, wie immer,
so auch an diesem Mittwoch den Vogel dazu ab. Dr. Gröb-
ner brachte es fertig, in einem Atem von den Jahr-
hundertfeiern, dem „antidemokratischen“ Reichskanzler,
dem „Schwarz-blauen Mod“ und den Nationalliberalen,
vom Kuhhandel mit dem Zentrum, dem Jesuitengesetz, der
Einkerbung des Wahlgeheimnisses, dem Verhalten der
braunschweigischen Polizeibehörde, dem preussischen Drei-
klassenwahlrecht, dem Falle Sobh und der Kaiserrede im
Landwehrkasino zu Berlin zu sprechen. Man braucht es
weiter nicht fraglich zu nehmen, wenn der Reichskanzler
von dieser Seite als Vater alles Missetuns hingestellt,
wenn dem Staatssekretär Teilhard Abhängigkeit vom
preussischen „Polizeiminister“ Falkow nachgesagt, wenn
die Reichspolitik mit verächtlichem Ausdruck als „Politik
der preussischen Staatspolitik“ bezeichnet, wenn alle Miß-
stände als Schuld des „agrarischen Junkertums“ und das
Fortbestehen des preussischen Dreiklassenwahlrechts als
eine „schämende Entartung des preussischen Volkes“
dargestellt werden. Derartige Anaristie verpuffen wirkungs-
los, weil jeder bürgerliche Politiker weiß oder doch wissen

mühte, daß solche radikalen Reden nur zum Feind-
bildnis gehalten werden und lediglich dazu dienen, die
Sozialdemokratie mit der Wariole der wahren „Volk-
schützlerin“ zu umgeben. Der Antrag auf Einführung
des Verhältniswahlrechts zu den Reichstagswahlen und
das fortwährende Zurulanden gegen das preussische Wahl-
recht sind nur darauf berechnet, den aufstrebenden Massen
die sozialdemokratische „Volkserlöser“ empfehlend in Er-
innerung zu bringen. Daß es dabei nicht ohne Trohungen
abgeht, daß wieder einmal der „Druck von unten“
als Schreckmittel benutzt wird, das ist man ja gewohnt.
Wenn es nur nach diesen Trohungen ginge, wäre das
preussische Wahlrecht schon längst umgestürzt.
Der Reichskanzler hielt es für nötig, auf einige
der von dem sozialdemokratischen Redner in buntem Dur-
cheinander aufgeworfenen Fragen ausführlich einzugehen.
Seine Ausführungen waren im allgemeinen recht geistlich
und wirksam und fanden deshalb auch Zustimmung bei
allen bürgerlichen Parteien. Da war einmal die
Jesuitenfrage, die dem Kanzler Anlaß zu Erörterun-
gen gab. Bekanntlich hat sich der Bundesrat mit dem
Reichstagsbeschluss betreffend Aufhebung des Jesuiten-
gesetzes noch nicht befaßt. Aber es sind nach dieser Aktion
des Reichstages allerlei Gerüchte durch die Presse ge-
gangen, wonach man im Reichsamt des Innern tatsäch-
lich an eine Aufhebung des Jesuitengesetzes dachte, und Er-
hebungen darüber veranstaltete, wie viel Jesuiten in
Deutschland ansässig wären oder Hilfsdienste bei der Seel-
sorge leisteten. Diese Meldungen erregten begrifflicher-
weise in gut protestantischen Kreisen Aufregung und Ent-
zweiung. Es wurde daraufhin von Berlin berichtet, daß
die Erhebungen sich nur auf die Handhabung der
letzten Bundesratsverjagung über die An-
wendung des Jesuitengesetzes in den verchiedenen Bundes-
staaten bezögen. Trotzdem haben die Erörterungen dar-
über fortgedauert, welche staatsrechtlichen und politischen
Folgen sich aus einer Aufhebung des Jesuitengesetzes er-
geben würden. Insbesondere beschästigte man sich mit der
Frage, ob bei Aufhebung des Jesuitengesetzes die
landesgesetzlichen Bestimmungen, die durch
den Erlass des Reichsgesetzes seinerzeit an der
Kraft geföhrt worden waren, ohne weiteres wieder Gültig-
keit erlangen würden und neue landesgesetzliche Bestim-
mungen geschaffen werden könnten. In Preußen beöehen
bekanntlich, abgesehen von Ausführungsverordnungen,
keine besonderen Bestimmungen, wohl aber in Sachsen.
Es kann u. E. kein Zweifel darüber bestehen, daß diese
Weisungsregeln der Einzelstaaten, falls das Reich wirklich
den vorgängigen Schritt der Aufhebung des Jesuitengesetzes
tun würde, ohne weiteres wieder in Kraft treten,
ein Standpunkt, der an dieser Stelle wiederholt ausführlich
begründet worden ist. Der Reichskanzler hat
nun zu dieser Frage nur ganz allgemein Stellung ge-
nommen. Er hat lediglich darauf hingewiesen, daß über
das Verhältnis des Reichsrechts zum Landes-
recht in der Jesuitenfrage eine Umfrage bei den einzel-
staatlichen Regierungen gehalten werde. Diese Tatsache gibt
zu denken, besonders, da der Reichskanzler gleichzeitig er-
klärte, der Bundesrat habe zu dem Beschluss des Reichstages
auf Aufhebung des Jesuitengesetzes noch nicht Stellung ge-
nommen. Es könnte daraus geföhrt werden, daß wirk-
lich die Aufhebung des Jesuitengesetzes in den Bereich der
Möglichkeit gerückt sei. Es wäre deshalb sehr zu wünschen,
daß möglichst bald Klarheit in dieser wichtigen, den pro-
testantischen Volksteil aufs lebhafteste berührenden Frage
geschaffen würde.
Ersehnlicher war, was der Kanzler auf die anderen An-
würfe der Sozialdemokraten zu sagen hatte. Auf die Be-
schimpfung, daß das Verhalten des Braunshewiger
Polizeipräsidenten in der Affäre der Anweisung
des Franzosen Combert Morell eine „Schande“ sei, hatte
er eine treffende Antwort. Als verantwortlicher erster Be-
amter der Reichsregierung könne er nichts dagegen haben,
wenn die Sozialdemokratie, unbeflüßelt von jeglichem Ver-
antwortungsgefühl, Protestveranstaltungen gegen die Behr-
dungen unter ihren eigenen Jüngern veranstalte,
nimmermehr aber könne er dulden, daß sie sich fremde
Hilfe herbeihole, um die Anstalten gegen die Behr-
dungen zu führen. Das deutsche Haus soll rein bleiben.
Es ist traurig genug, daß im eigenen Lande Widerfächer
gegen die Verstärkung der Behrmasse aufstehen. Dieser
Widerfächer werden wir Herr werden. Aber fremden
Elementen gegenüber, die uns schwächen wollen, unser
Hausrecht zu wahren, muß allezeit unser gutes Recht sein.

Bedauerlich ist es, daß von sozialdemokratischer Seite
noch einmal der Fall Sobh in die Debatte gezerzt wurde.
Nachdem der Kaiser den Fall in so hochherziger Weise er-
ledigt hat, wäre es Pflicht aller Parteien gewesen, die An-
gelegenheit, auch die privatrechtliche Seite derselben, end-
gültig ruhen zu lassen. Von einem Sozialdemokraten kann
man freilich so viel Taktgefühl nicht erwarten. Um so
richtiger war es, daß Herr v. Reihmann-Hellweg den Fall
so kurz abmachte.
Verbäthige Zustimmung werden in weitesten nationalen
Zöjchten die Worte des Kanzlers finden, die den Na-
tionalen und die Vaterlandslöigkeit der
Sozialdemokratie kennzeichneten. Programmatisch steht die
Sozialdemokratie auf dem Standpunkt, daß Religion
Privatsache sei, und in ihren Vorkörpern und Versam-
lungen beschimpft sie tagtäglich die Einrichtungen des chri-
stlichen Glaubens in der wüthenden und kraßbarischen Weise und
achtet die religiöse Ueberzeugung und den Gottesglauben
anderer Leute gleich nichts. Auf diese Widersprüche hin-
gewiesen zu haben, ist ein Verdienst des Reichskanzlers.
Hier handelt es sich um Dinge, die alle Bekenner des
christlichen Glaubens, gleichgültig, ob Protestanten oder
Katholiken, angehen; hier geht es um die Erhaltung der
besten, der sittlichen Kräfte unseres Volkes, um die ethischen
Grundlagen unseres Volkslebens. Es ist das Recht jeder-
manns, den christlichen Glauben in der Öffentlichkeit Ver-
fechtungen und Beschimpfungen gegenüber zu verteidigen.
Dieses Recht hat der Privatreichmann sowohl wie der Träger
der Kaiserkrone, und der oberste Beamte des Reiches er-
wirbt sich die Anerkennung und den Beifall aller christlich
geföhnten und patriotisch denkenden Deutschen beiderlei
Konfessionen, wenn er dieses Recht vor dem Reichstagsforum
feinbegel und Beherrschung des Kaisers, die auf den Gottes-
glauben und die Vaterlandslöbe Bezug nehmen, öffentlich
in Schutz nimmt. Wie damals im Landwehrkasino der
Kaiser, so hat diesmal der Kanzler dem deutschen Volke
aus der Seele gesprochen.

Vom Balkan.

Der Streit um die Kriegsbente

gibt den Vorgängen auf dem Balkan zurzeit das Gepräge.
Die Zwistigkeiten zwischen Bulgaren, Griechen und Serben
haben nachgerade bedrohliche Formen angenommen. Die
griechische Heeresverwaltung trifft bereits bei Saloniki un-
sichere militärische Maßnahmen, um die Stadt gegen
etwaige bulgarische Anaristie zu verteidigen. Kriegserige
Anspannungen unter den Verbündeten nach Abschluss
des Friedens mit der Türkei liegen nicht außer dem Be-
reiche der Möglichkeit.
Saloniki ein zweites Adrianopel für Bulgarien.
Die „Südbalkanische Korrespondenz“ meldet aus Sofia:
Der Verkehr auf der Eisenbahnlinie Saloniki-
Thessaloniki ist infolge von Meinungsverschiedenheiten
zwischen den griechischen und bulgarischen Militärbehörden
wieder einachelt worden. Die Märier in Sofia
bringen Berichte über ankerordentliche militä-
rische Maßnahmen Griechenlands bei Salo-
niki, das die Stadt auf der Landseite besöhigt. Alles
dieses darauf hin, daß die Griechen auf Zusammenstöße mit
den Bulgaren rechnen. Die bulgarischen Märier schreiben
dort emische jetzt ein zweites Adrianopel für Bul-
garien. Der Ruf nach Saloniki werde in Bul-
garien nicht mehr verhallen.
Auch zwischen Serben und Montenegrinern ist nicht mehr
alles beim Alten. Ein Privattelegramm berichtet uns über
Zusammenstöße zwischen Montenegrinern und Serben.
Die Kommandanten zweier vor Sutari liegenden
montenegrinischen und serbischen Bataillone
gerieten in einen heftigen Wortwechsel. Die Truppen
nahmen für ihre Offiziere Partei und gingen gegeneinander
vor. Die Schlägerei artete in ein förmliches Bajonettsgefecht
aus. Auf beiden Seiten blieben Tote und Verwundete auf
dem Kampfplatze.
Der Grund dieser Zwistigkeiten liegt in dem
Abzug der serbischen Truppen von Sutari,
der von der serbischen Heeresverwaltung nunmehr mit
Energie bewerkstelligt wird. Die serbische Regierung
hat neuerdings beim Admiralitätsrat der Flotten-
Flotte den Antrag gestellt, es möchte den Serben
gestattet werden, ihre Truppen vor Sutari auf griechi-
schen Transportschiffen durch die Flotten-
Flotte abzuführen. Das Admiralitätsrat hat beschlohen, die
Flotten-Flotte für den Abtransport von Truppen sofort zu öffnen.
Die internationale Finanzkommission,
die in Paris zur Regelung der aus der Aufstellung der
europäischen Türkei entstehenden Finanzfragen emgelegt ist,
hat inzwischen den Beginn ihrer Arbeiten auf un-